Die Verwaltung führt aus, dass zusätzlicher Personalbedarf durch den Aufgabenzuwachs besteht. Diesbezügliche Ansätze sollen im neuen Doppelhaushalt 2023/2024 Berücksichtigung finden und im Ausschuss für Klimaschutz und Umwelt diskutiert werden.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, wie sie die zentralen Aufgaben des Klima- und Umweltschutzes in der Verwaltung ablauforganisatorisch zukünftig umsetzen will.“